

Der Bankrott des Drogenkriegs: eine dringende Einsicht

RONILSO PACHECO

Der mexikanische Anthropologe Salvador Maldonado Aranda formuliert: »Es ist an der Zeit, den Drogenhandel im Kontext staatlicher Veränderungen und eines die Globalisierung vorantreibenden Neoliberalismus zu verstehen. Dazu sind sowohl die Gegenden, in denen legale und illegale Drogen produziert und/oder verarbeitet werden, sowie die Formen, in denen diese anschließend international gehandelt werden, in den Blick zu nehmen.«¹ Anders gesagt: Hinsichtlich der gegenwärtigen Drogenproblematik im lateinamerikanischen Kontext wird es immer schwieriger, nicht die Dringlichkeit – und ich würde auch sagen: die wachsende Sterblichkeitsrate – anzuerkennen, welche durch den politischen Kampf gegen die Droge als vorrangige Strategie der lateinamerikanischen Regierungen hervorgerufen wird. Darüber hinaus (und hier gilt es, dem mexikanischen Anthropologen zuzustimmen) ist der »Drogenkrieg« nicht mehr nur ein militärisches Instrument, ein »legitimes Mittel der Gewalt« in den armen Peripherien des Kontinents, sondern im Blick auf die internationalen Beziehungen auch ein starkes Mittel geopolitischer Einmischungen, das insbesondere von den Vereinigten Staaten von Amerika in Anspruch genommen wird, um freien Zugang zu fremden Territorien (wie Brasilien, Bolivien, Mexiko und Kolumbien) zu erhalten, was damit gerechtfertigt wird, dass man sich vor der »Invasion des Drogenhandels« auf eigenem Gebiet schützen müsse.

Es gibt einen weiteren wichtigen Aspekt, weshalb die Politik des Drogenkrieges sich als eine tödliche Strategie darstellt: Seine Durchführung hat in den vergangenen Jahrzehnten dem Fortschreiten der Gewalt weder Einhalt gebieten noch die Gefahr, der sich die Gesellschaft ausgesetzt sieht, verringern können. Tatsächlich scheint der größte Beitrag dieser Politik bisher ein doppelt negativer zu sein: Sie hat 1. zu einer Zunahme der Gewalt geführt, welche vor allem die Ärmsten zu Opfern macht.² Und sie hat 2. die Zahl der Inhaftierten in den lateinamerikanischen Ländern ins Unermessliche gesteigert. So hat Brasilien statistisch betrachtet kürzlich Russland überholt und belegt nun weltweit den dritten Platz mit insgesamt mehr als 700.000 Gefangenen.

Der politische Drogenkrieg verläuft nach einem sehr genauen Drehbuch der Stigmatisierungen. Dieses Drehbuch scheint das Erbe der autoritären, ungleichen und zutiefst hierarchischen Gesellschaften Lateinamerikas zu sein, auf de-

ren Grundlage der amerikanischen Kontinent einst gegründet wurde. Diese These hat bereits der Uruguayer Eduardo Galeano in seinem Klassiker *Die offenen Adern Lateinamerikas* aufgestellt. Den Stigmatisierungen liegen letztlich konstruierte »objektive Sozialprofile« zugrunde: So existiert u. a. das Bild einer sozialen Klasse, deren Beziehung zu den Drogen mit Bedrohung, Angst und Verbrechen assoziiert wird. Man verurteilt ganze Landstriche, in denen die Droge produziert oder gehandelt wird und die – aufgrund der Konflikte und der Gewalt, die mit der Durchsetzung des Gesetzes legitimiert wird – als unregierbar gelten. Schließlich gelten diejenigen, die Kontakt mit der Droge haben, als bloße Körper, sodass diese nicht nur zum Objekt degradiert, sondern auch endgültig dämonisiert und zur Legitimationsfolie für die unterdrückerische Gewalt werden.

Für diejenigen, die diesen Stigmatisierungen zum Opfer fallen, handelt es sich um einen Machtdiskurs, und zwar im strikten Sinne der Definition von Biomacht nach Foucault. Die Venezolanerin Rosa del Olmo ruft deshalb bezüglich des Drogenkrieges zu Recht in Erinnerung, »dass nicht die Droge an sich oder ihre Definition und noch viel weniger ihr möglicher Einfluss auf das Sein des Menschen zentral ist, sondern vielmehr der Diskurs, der um sie herum errichtet wurde«³. Del Olmo unterscheidet zwischen verschiedenen Diskursen, in denen die Drogenthematik verhandelt wird. Ich möchte hier nur einen, nämlich den medizinisch-strafrechtlichen Diskurs hervorheben. Auf diesen verweisen neben del Olmo auch andere lateinamerikanische Autoren und Autorinnen, die sich mit dem Thema befasst haben und die sich insbesondere mit der sogenannten kritischen Kriminologie beschäftigen.

Die Argentinierin Brígida Rinoldi recurriert ebenfalls auf Foucault und stellt die These auf, dass »die Medizin interveniert und damit das Ziel verfolgt, zu kontrollieren und zu formen, und auf diesem Wege eine bestimmte soziale Organisation schafft, welche auf der Klassifikation von Personen und Verhaltensweisen in »normal« oder »pathologisch« basiert«⁴. Der brasilianische Historiker José Murilo de Carvalho erinnert in dieser Hinsicht an die Marginalisierung der Armen in Rio de Janeiro am Ende des 19. Jahrhunderts, als die Gesundheitspolizei im Zuge des städtischen sanitären Hygienepans von Polizisten begleitet wurde, um dem Widerstand der Bewohner und Bewohnerinnen zuvorzukommen.⁵ Die Macht des Strafgesetzes wurde somit zur Unterstützerin der Autorität des medizinischen Diskurses. Der politische Drogenkrieg in Lateinamerika ist ebenso zu tiefst davon geprägt, die Kriminalisierung der Armut aufrecht zu erhalten.

Der Drogenhandel nimmt unbeeindruckt von der bewaffneten Unterdrückung zu, wobei der Großteil der Opfer solcher Auseinandersetzungen zur Zivilbevölkerung und den »Soldaten« (d. h. der regulären Armee oder der Verkehrspolizei), die direkt in die Konflikte involviert sind, zählt. Die Korruption bleibt von solchen Interventionen meist unberührt. Meiner Ansicht nach sind gerade die Sicherheitskräfte in vielen Ländern des Kontinents dafür anfällig, schnelles und großes Geld im Drogenhandel zu machen. Das erschwert den primären Kampf gegen die wahren »Drogenbarone«. Stattdessen beschuldigt man die Soldaten und Polizisten, die mit aller Gewalt die kleinen Lieferanten kleiner Dro-

genlieferungen in den städtischen Peripherien bekämpfen. Diese sind jedoch nichts gegen die dollarmillionenschweren Chefs, die oftmals auf freiem Fuß zwischen den Eliten des Landes verkehren und auf »Vertrauenspersonen« in der Polizei, der Politik und selbst im Gerichtssaal zählen können.

Der Fall Kolumbien

Zum Vergleich ist es interessant, auf die Beschreibung der Stadt Samaria in den Evangelien Bezug zu nehmen. Samaria war unter den Zeitgenossen Jesu als ein krimineller Ort verschrien. Aus diesem Grund können es Jakob und Johannes auch kaum erwarten, dass Jesus es ihnen erlaubt, Feuer vom Himmel auf die Samaritaner herabzurufen und sie zu zerstören, nachdem sie Jesu das Betreten ihres Landes verboten haben – wie das Kapitel 9 des Lukasevangeliums zu erzählen weiß. Es ist vielleicht aus diesem Grund, dass Jesus den Samariter, der in den Augen seiner Hörer und Hörerinnen einen schlechten Ruf genoss, zum Protagonisten eines Gleichnisses macht, das davon erzählt, dass es wichtig sei, den Nächsten bzw. den Verwundeten zu achten; und zwar auch dort, wo am wenigsten mit Mitgefühl zu rechnen sei, weil genau dort (im Gegensatz zum Leviten und zum Priester) Solidarität aufscheine. Aufgrund des Drogenhandels und des Kokains sowie des schlechten Images, das maßgeblich von US-amerikanischen Projektionen bestimmt wird, ist Kolumbien heute zu einem »lateinamerikanischen Samaria« geworden.

Indem das Problem der Droge in Kolumbien oftmals losgelöst von jeglichem sozialen Zusammenhang betrachtet wird, ist ein breites Verständnis der Problematik erschwert worden. Die Geschichte der Droge auf dem Kontinent reicht noch vor die 80er und 90er Jahre und die Zeit der weltweit berühmt gewordenen Kartelle zurück. Denn der Anbau, Verkauf und Konsum der Droge hängt zunächst nicht an den Machtkämpfen der Kartelle, sondern ist durch den Prozess der Kolonisierung und Ausweitung staatlicher Grenzgebiete beeinflusst worden. Dazu schiebt Salvador Aranda:

»Es wichtig anzumerken, dass die Gebiete, in denen Coca angebaut wird, wie z. B. die Regionen Caquetá und Putumayo, auch zu den Gebieten zählen, die sich der kolumbianische Staat im Zuge seiner Expansionspolitik durch territoriale Kolonisierung und Integration in den Nationalstaat angeeignet hat.«⁶

Es ist folglich notwendig, das Wachstum und Fortschreiten des Drogenhandels auch als eine Art Folgeprodukt dieses Fortschreitens neoliberaler Politik zu verstehen, die von den Regierungen der Ländern selbst, so u. a. auch von Kolumbien, unternommen worden ist. Seit Beginn der 30er Jahre hat der politische Kampf zwischen Konservativen und Liberalen dazu geführt, dass nach und nach jeglicher Reformvorschlag zum Wohle des Landes und nicht zuletzt die Versprechungen des Präsidenten López Pumajero gescheitert sind.⁷ Gleichzeitig hatte der sogenannte *Bogotazo*, der durch die Ermordung des liberalen Führers Jorge

Eliécer Gaitán im April 1948 ausgelöst wurde, einen der schlimmsten Gewaltexzesse zu Folge, die Lateinamerika je gesehen hat.

Inmitten dieses heftigen Konflikts waren es die kolumbianischen Bauern und städtischen Volksklassen, die zunächst von der liberalen und konservativen Oligarchie mit dem Versprechen der Modernisierung und Freiheit gelockt und schließlich ausgebremst worden sind.⁸ Dieser Konflikt und diese Periode waren so prägend, dass man die folgende Generation seitdem als »Kinder der Gewalt« bezeichnet.

Gerade auf dem Land waren Armut, politische Frustration und fehlende Perspektiven die Folge. Bereits Ende der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre wird in den Gebieten Putumayo, Caquetá und Guaviare hauptsächlich Coca angebaut, nicht nur für Konsumenten in der Region, sondern für den weltweiten Handel. Parallel dazu verbreitet sich das stereotype Bild des Kokain einführenden lateinamerikanischen Einwanderers im kollektiven Gedächtnis der USA. Diese Assoziation ist nun genauso im kollektiven amerikanischen Bewusstsein verankert wie der Chinese als Einführer von Opium zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder das Bild des Mexikaners als Einführer von Hasch in den 30er Jahren. Seit Beginn der 80er Jahre gehört Kolumbien zu den Zielländern (wie z. B. Mexiko und Bolivien) der Gilman-Hawkins-Gesetzesnovelle, welche vom US-amerikanischen Kongress mit dem Ziel genehmigt wurde, denjenigen Ländern die ökonomische Hilfe zu verweigern, die nicht mit dem Antidrogenprogramm der USA kooperieren wollen.⁹ So erweist sich der Kampf gegen die Droge letztlich als ein zentrales Mittel, um die politische Nord-Süd-Einmischung zu legitimieren.

Im Zuge dieser geopolitischen Regierungsentscheidungen und ihrer Maßnahmen, die Produktion in Putumayo zu kriminalisieren, hat sich die Situation der kolumbianischen Bauern signifikant verschlechtert. Die Illegalität (bzw. die Kriminalisierung der Gebiete) hat die Bauern arbeitslos gemacht und u. a. dazu geführt, dass jegliche staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft abgebaut worden ist. Zur Heimlichkeit verurteilt, führen die Bauern ihren Anbau fort, um zu überleben – nun jedoch unter noch schlechteren Bedingungen und konfrontiert mit noch größerer Unsicherheit. Die Drogenhändler, die ihnen Versprechungen machen, verlangen von ihnen lange Arbeitszeiten unter prekären Bedingungen und zahlen sie teils mit der Droge selbst aus.¹⁰

Es gibt in den kolumbianischen, brasilianischen, mexikanischen, bolivianischen, nicaraguanischen und anderen lateinamerikanischen Völkern jedoch gleichzeitig eine starke Präsenz der Kirchen und insbesondere in den Peripherien der Städte ein großes pastorales Angebot. Gerade in den Gegenden, in denen Drogen gehandelt werden und diese sich »festgesetzt« zu haben scheinen und die deshalb von der Polizei kontrolliert werden, um den Drogenhandel zu unterdrücken, gibt es ein Netz von protestantischen (in Brasilien vor allem von pentekostalen) und katholischen Gemeinden. Die Kirchen sind hier sowohl Orte des Widerstandes und des Schutzes als auch des gemeinschaftlichen Zusammenhalts und bieten insofern ein »moralisches Refugium«. Gerade in den Gebieten, die beständig vom Chaos bedroht und von vielfältigen Gewaltformen überschattet werden, sind sie Orte oder Topoi des Anderen, »Gegen-Orte«, an denen nicht

die Gewalt das Leben bestimmt und die Sicherheit nicht an der An- oder Abwesenheit von Waffen hängt.

Zum Schluss

Zum Schluss möchte ich zwei generelle Punkte zu bedenken geben.

Erstens gilt es darüber nachzudenken, was zur Zerstörung der Peripherien in unseren Städten führt, die heute zu zufälligen Ansammlungen von Armen verkommen, die ohne soziale Unterstützung des Staates auskommen müssen. Zuvor verstand man sie analog zu der Definition der amerikanischen Ghettos als eine formale Institution. Es ist notwendig, die staatliche Raffinesse aufzuzeigen, welche die Bevölkerung hinterhältig unter Kontrolle hält und zur Folge hat, dass auf ihrem Rücken die Auseinandersetzung mit den internationalen Drohungen und der sozialen Unordnung ausgetragen wird.

Zweitens ist es vonnöten, über die Macht des Diskurses zu reflektieren, welcher Subjekte prägt und den Anderen objektiviert bzw. kriminalisiert. Hier gilt es insbesondere auf die Kommunikationsmedien wie das Fernsehen und die Presse zu achten. So hebt die brasilianische Soziologin Vera Malaguti hervor, dass die populären Kommunikationsmittel Grundlage der Machtausübung des gesamten Systems zur Strafgesetzgebung sind.¹¹ Die Angst und die Unsicherheit führt zu Personifizierungen, zu Subjekten ohne Antlitz, die zur Rechtfertigung neigen, was laut Malaguti schließlich zu einer Amputation des Kollektiven im Sozialkörper führe.

Papst Franziskus forderte bei seinem Besuch in Rio de Janeiro während des Weltjugendtags in Anlehnung an das Modell Uruguays einerseits Härte bezüglich der Legalisierung der Droge, ließ aber andererseits offen, was es hinsichtlich der grundlegenden Probleme des Drogenkonsums zu tun gelte. So fordert das Problem der Drogen keine verkürzte Diskussion zwischen »Kriminellen« und »Opfern«, »gesunden« und »kranken« Konsumenten, sondern es bedarf eines Umdenkens, damit sich etwas ändert. Gerade von denen, die von der Liebe, der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit inspiriert sind, könnte dazu ein Beitrag erwachsen und einer humaneren und effizienteren Politik den Weg bereiten.

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Miriam Leidinger

Anmerkungen

1 Alejo Vargas Velásquez (Hg.), *Seguridad en Democracia, um reto a La violência em América Latina*, Buenos Aires 2010, 346.

2 Es handelt sich um den Großteil der jährlich ca. 50 Millionen Gewaltopfer in Brasilien. Während der Regierungszeit von Calderón in Mexiko kamen ebenfalls mehr als 50 Millionen Gewaltopfer aus der Zivilbevölkerung.

3 Rosa del Olmo, *A face oculta da droga*, Rio de Janeiro 1990, 22.

- 4 Brígida Rinoldi, *Narcotráfico y Justicia em Argentina, la autoridad de lo escrito en el juicio oral*, Buenos Aires 2008, 35.
- 5 José Murilo de Carvalho, *Os bestializados, o Rio de Janeiro e a república que não foi*, São Paulo 1987, 94.
- 6 Velásquez (Hg.), *Seguridad en Democracia*, 355.
- 7 Ricardo Vélez Rodríguez, *Da guerra à pacificação, a escolha colombiana*, Campinas 2010, 25
- 8 Ebd.
- 9 Del Olmo, *A face oculta da droga*, 62.
- 10 Velásquez (Hg.), *Seguridad en Democracia*, 357.
- 11 Vera Malaguti Batista, *O medo na cidade do Rio de Janeiro, dois tempos de uma história*, Rio de Janeiro 2003, 33.

Der Autor

Ronilso Pacheco schließt derzeit seine Studien im Fach Theologie an der Pontifícia Universidade Católica in Rio de Janeiro (PUC-Rio) ab. Er arbeitet als Mediator im Auftrag von Kirchen und sozialen Bewegungen in der Nichtregierungsorganisation »Viva Rio«. Im Rahmen des Programms für den wissenschaftlichen Nachwuchs der PUC erforscht er die Ethik der Alterität und Spiritualität bei Emmanuel Lévinas. Er ist weiterhin Mitglied des Netzwerks FALE, eines christlichen Netzwerks zur Verteidigung von Rechten im Kontext gewalttätiger Konflikte, Rassismus und Kriminalisierung der Armut. Anschrift: Rua Conselheiro Ferraz, 30, Ap 203, Lins de Vasconcelos, Rio de Janeiro – RJ 20710-350, Brasilien. E-Mail: ronilsoe_linguagem@yahoo.com.br.
